

Antrag

**der Abgeordneten Robert Heinemann, Hartmut Engels, Marino Freistedt,
Dittmar Lemke, Marita Meyer-Kainer, Egbert von Frankenberg, Marcus Weinberg
(CDU) und Fraktion**

Betr.: Zweistufige Schulstandortplanung – breite Beteiligung von Anfang an

Eltern, Schüler und Lehrer möchten Klarheit über die Zukunft ihrer jeweiligen Schulen. Zur Vermeidung von Fehlinvestitionen ist eine langfristige Standortplanung notwendig. Und viele Probleme lassen sich mit den jährlichen Organisationsmaßnahmen nicht lösen, sondern nur lindern oder verschieben.

Hamburg braucht daher einen Schulentwicklungsplan für die Jahre 2005 bis 2015. Ziel muss es sein, möglichst flächendeckend ein breites Angebot an allen Schulformen sowie an Ganztagsangeboten bereit zu stellen und kurze Wege insbesondere für die Grundschüler zu sichern. Gleichzeitig müssen Schulstandorte künftig jedoch groß genug sein, um eine verlässliche Unterrichtsversorgung sowie ausreichende Wahlpflicht- und Differenzierungsangebote mit den zugewiesenen Lehrerstellen organisieren und ein breites Spektrum an außerunterrichtlichen Aktivitäten anbieten zu können.

Bei der Aufstellung des Schulentwicklungsplanes sollen das Wissen und die Ideen der Schulen sowie der zuständigen Gremien und fachlichen Stellen einbezogen werden, um von der Kompetenz vor Ort zu profitieren, Fehlentscheidungen zu verhindern und einen breiten Konsens in der Stadt herzustellen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine Ist-Analyse zu den derzeitigen Schulstandorten sowie eine Prognose der Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen bis zum Jahr 2015 vorzulegen,
2. diese Analyse an die Schulkonferenzen, die Kreiselternräte, die Kreisschülerräte, die Bezirksversammlungen, Schülerkammer, Lehrerkammer, Elternkammer, Landesschulbeirat, Landessportbund, Sportvereine, Handelskammer, Handwerkskammer sowie die Gewerkschaften weiterzuleiten mit der Bitte, zur Ist-Analyse Stellung zu nehmen sowie darauf aufbauend Vorschläge für die Schulentwicklungsplanung bis 2015 zu machen,
3. aus den Ergebnissen der Stellungnahmen sowie eigenen Überlegungen einen Schulentwicklungsplan für die Jahre 2005 bis 2015 vorzulegen,
4. diesen Plan erneut an die Gremien zu 2. weiterzuleiten mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen,
5. diesen Plan gleichzeitig der Bürgerschaft zur Kenntnisnahme zu übersenden,
6. den Schulentwicklungsplan unter Berücksichtigung der Stellungnahmen zu 4. der Deputation und der Bürgerschaft spätestens im Dezember 2004 zur Entscheidung vorzulegen,

7. die Broschüre „Den richtigen Weg wählen“ im Jahr 2004 erst danach herauszugeben,
8. die betroffenen Gremien kurzfristig über den Terminplan zu informieren, damit diese ihre Sitzungen entsprechend planen können.